

**Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz  
Baden-Württemberg**

# **Sektorbericht Abfallwirtschaft**

**2024**



**Baden-Württemberg  
Ministerium für Umwelt, Klima  
und Energiewirtschaft**



# Inhalt

<b>3</b>	<b>Abkürzungsliste der Ministerien</b>	<b>15</b>	<b>2. Ausblick auf das folgende Jahr</b>
<b>4</b>	<b>Erklärung zum Inhalt der Berichte</b>	<b>16</b>	<b>Impressum</b>
<b>5</b>	<b>1. Bericht über Maßnahmenumsetzung</b>		
<b>5</b>	a) Tabellarischer Gesamtüberblick (alle Maßnahmen des Sektors)		
<b>14</b>	b) Ausgewählte Maßnahmen		

# Abkürzungsliste der Ministerien

Abkürzung	Bedeutung
StM	Staatsministerium
IM	Ministerium des Innern, für Digitalisierung und Kommunen
FM	Ministerium für Finanzen
KM	Ministerium für Kultus, Jugend und Sport
MWK	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst
UM	Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft
WM	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus
SM	Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration
JuM	Ministerium der Justiz und für Migration
VM	Ministerium für Verkehr
MLR	Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz
MLW	Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen

# Erklärung zum Inhalt der Berichte

Die Struktur der Sektorberichte wurde von den für das Klima-Maßnahmen-Register (KMR) verantwortlichen Ministerien in Zusammenarbeit mit dem Klima-Sachverständigenrat entwickelt. Die Berichte enthalten insbesondere eine Übersicht zu allen derzeit im KMR enthaltenen Maßnahmen und zu deren Umsetzungsstand, Stand Ende Juni des Berichtsjahres. Entlang der ausgewählten, für die Emissionsminderung besonders

wirkmächtigen oder relevanten Maßnahmen, sollen die politischen Rahmenbedingungen auf Ebene der Europäischen Union (EU), Bundesebene, Landesebene oder sonstige Besonderheiten dargelegt werden. Auf dieser Grundlage soll die Frage beantwortet werden, ob mit den dargestellten Maßnahmen die zentralen Hebel zur Emissionsminderung im Sektor bereits adressiert wurden oder ob durch eine Nachschärfung des Instruments

oder die Ergreifung zusätzlicher Maßnahmen nachgesteuert werden sollte.

In einem abschließenden Ausblick sollen künftig geplante Maßnahmen und Handlungsfelder erläutert sowie gegebenenfalls Wechselwirkungen mit anderen Sektoren dargestellt werden.

# 1. Bericht über Maßnahmenumsetzung

## a) Tabellarischer Gesamtüberblick (alle Maßnahmen des Sektors)

Zuständiges Ressort	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Ausgewählte Maßnahmen <sup>1</sup>	Umsetzungsstand
VM	Nachhaltiger Straßenbau	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Ressourcenschonung durch Maximalrecycling</li> <li>▪ Verwertung der Gesteinskörnungen des teerhaltigen Straßenaufbruchs</li> <li>▪ Schrittweise Umstellung der Befeuernng von Asphaltmischanlagen</li> <li>▪ Ermöglichung des Recyclingmaterials im Landesstraßenbau</li> </ul>	Nein	<p>Die Bauwirtschaft sieht die Errichtung von thermischen Behandlungsanlagen für teer-/pechhaltigen Straßenaufbruchmaterial vor, um eine Wiederverwendung der Gesteinskörnungen regional zu ermöglichen. Die entsprechenden Unternehmen arbeiten derzeit Anträge für die immissionschutzrechtliche Genehmigung zur Einreichung bei der jeweiligen Umweltverwaltung aus.</p> <p>Bezüglich der weiteren Punkte zur Kreislaufwirtschaft wird darauf geachtet, dass die vorhandenen Möglichkeiten zum Recycling möglichst umfassend in den Prozessen der Planung und Ausschreibung berücksichtigt werden. Hierfür werden beispielsweise Arbeitshinweise dementsprechend fortgeschrieben. Außerdem wird geprüft, ob und inwieweit ergänzende Regelungen in der Vergabe und Bauausführung unterstützend dienlich sein können.</p>

<sup>1</sup> Die ausgewählten Maßnahmen werden unter 1 b) beschrieben.

Zuständiges Ressort	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Ausgewählte Maßnahmen <sup>1</sup>	Umsetzungsstand
UM	Halbierung der Menge an Bioabfall im Hausmüll (Maßnahmenbündel)	Menge an Bioabfall im Hausmüll soll bis 2030 von derzeit 50 Kilogramm auf 25 Kilogramm pro Einwohnerin beziehungsweise Einwohner und Jahr halbiert werden.	Ja	<p>Das Sammlungsziel wurde im Abfallwirtschaftsplan 2015 auf 60 Kilogramm je Einwohnerin beziehungsweise Einwohner und Jahr bis 2022 (2000: 41 Kilogramm je Einwohnerin beziehungsweise Einwohner und Jahr; 2021: 58 Kilogramm je Einwohnerin beziehungsweise Einwohner und Jahr; 2022 54 Kilogramm je Einwohnerin beziehungsweise Einwohner und Jahr) angehoben. 2023 ist ein weiterer und 2024 sind zwei weitere Landkreise hinzugekommen, die Bioabfälle separat erfassen. Damit erfolgt mittlerweile in 42 von 44 Stadt- und Landkreisen eine separate Erfassung der Bioabfälle. Damit ist ein nahezu flächendeckendes Angebot zur separaten Erfassung erreicht (teilweise im Bringsystem). Bei zwei Landkreisen wird aufgrund der mechanisch-biologischen Restmüllbehandlung auf eine separate Erfassung verzichtet. Zusätzlich soll die Sammelqualität verbessert werden. Hierzu werden die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger (örE) durch Fachgutachten und Einzelprojekte sowie das Kompetenzzentrum Bioabfall bei der Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW), Plattform Bioabfall zur Vernetzung der örE und Fachfortbildungsangebote unterstützt (Bioabfallforum; 2024: offene Plattform Bioabfall).</p>

1 Die ausgewählten Maßnahmen werden unter 1 b) beschrieben.

Zuständiges Ressort	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Ausgewählte Maßnahmen <sup>1</sup>	Umsetzungsstand
UM	Halbierung der Menge an Wertstoffen im Hausmüll (Maßnahmenbündel)	Menge an Wertstoffen im Hausmüll von derzeit etwa 35 Kilogramm je Einwohnerin beziehungsweise Einwohner und Jahr soll bis 2030 halbiert oder auf höchstens 10 Kilogramm je Einwohnerin beziehungsweise Einwohner und Jahr reduziert werden.	Ja	Anteil organischer Abfälle im Hausmüll bei rund 40 Prozent, Anteil trockener Wertstoffe bei rund 28 Prozent (UBA-Studie 2020). Es ist Aufgabe der örE, durch die jeweiligen Sammel/Bringsysteme die Wertstoffmengen zu steigern und damit die Hausmüllmengen zu reduzieren (unter anderem durch flächendeckende Getrennterfassung von Bioabfällen). Land unterstützt unter anderem durch entsprechende Fachfortbildungsangebote, Projekte zur Abfallvermeidung auf Landes- und kommunaler Ebene, Abfallbilanz, Landesbeitrag zum Abfallvermeidungsprogramm des Bundes, Bund-Länder-Prozesse (Sonderarbeitsgruppe „Rezyklateinsatz stärken“ der Umweltministerkonferenz – RESAG), Mitwirkung an der Bundesgesetzgebung.

<sup>1</sup> Die ausgewählten Maßnahmen werden unter 1 b) beschrieben.

Zuständiges Ressort	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Ausgewählte Maßnahmen <sup>1</sup>	Umsetzungsstand
UM	Steigerung der Kompostnutzung im Ökolandbau	Vernetzung von Kompostwirtschaft und Ökolandbau durch Aufbau und Etablierung von regionalen Netzwerken zur Kompostverwertung im Ökolandbau.	Nein	<p>Abstimmung und Entwicklung von Maßnahmen wurde mit dem Bioland-Verband durchgeführt. Erhebung der Markt- und Nutzungspotentiale wurde gutachterlich erarbeitet. Durchführung von Informationsveranstaltungen für Bioland-Betriebe und Vernetzung mit Kompostnutzern zur Bewerbung des Komposteinsatzes ist erfolgt.</p> <p>Im Jahr 2024 wurde durch das Kompetenzzentrum Bioabfall der LUBW in Abstimmung mit dem UM die Erstellung eines Konzeptes zur Intensivierung des bisherigen Verwertungsprojektes für Komposte im Ökolandbau über die bisherigen einzelnen Modellregionen hinaus in Form eines landesweiten „NÖK (Netzwerk Ökokompost) Baden-Württemberg“ beauftragt.</p>
UM	Optimierte Deponiegaserfassung und Deponiegasverwertung	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Bundesförderung im Rahmen der Nationalen Klimaschutz Initiative (NKI) zur Nutzung und Umsetzung der optimierten Deponiegaserfassung und -verwertung</li> <li>▪ Vermeidung von CO<sub>2</sub>-Emissionen aus Methan durch Umsetzung der NKI-Maßnahmen</li> <li>▪ Entsprechende Fachveranstaltungen und Informationsportale zu Deponien zur Umsetzung</li> </ul>	Nein	<p>Methanemissionen aus Deponien sind seit Jahren stark rückläufig. Innovative Anlagentechniken wurden mit Mitteln aus dem kommunalen Investitionsfonds (KIF) gefördert. Gegenüber Referenzjahr 1990 wurden über 97 Prozent der Emissionen vermieden. Laufendes Förderprogramm des Bundes im Rahmen des NKI unterstützt weiterhin die Optimierung der Deponiegaserfassung zur Vermeidung von Methanemissionen. In Baden-Württemberg befinden sich bereits 40 NKI-Projekte an Deponien in der Umsetzung. Weitere Projekte befinden sich in der Planungsphase.</p>

<sup>1</sup> Die ausgewählten Maßnahmen werden unter 1 b) beschrieben.

Zuständiges Ressort	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Ausgewählte Maßnahmen <sup>1</sup>	Umsetzungsstand
UM	Ausbau einer hochwertigen Infrastruktur zur Biogut- und Grüngutverwertung	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Ausbau hochwertiger Infrastruktur zur Biogut- und Grüngutverwertung durch öRE und Unternehmen</li> <li>▪ Steigerung des Anteils der energetischen Verwertung</li> </ul>	Nein	Unterstützung der Planungen der öRE durch zahlreiche Informationsveranstaltungen, Tagungen und die Vernetzung über die Plattform Bioabfall. Förderung innovativer Technologien mit KIF-Mitteln. Die durch das UM entwickelte optimierte Verwertungskonzeption wurde Basis für die neue Bioabfallverordnung (BioAbfV) des Bundes und damit für die Planung aller künftigen Anlagen.
UM	Aufbau ausreichender Infrastruktur von Anlagen zur energetischen Verwertung von Klärschlamm	Der in Baden-Württemberg anfallende Klärschlamm soll im Land komplett energetisch verwertet werden.	Nein	Initiierung der Beratungsplattform P-RÜCK gemeinsam mit der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA) und Erarbeitung einer Anlagenkonzeption für Baden-Württemberg. Die Plattform P-RÜCK dient der Umsetzung einer nachhaltigen und sicheren Klärschlamm Entsorgung und Phosphorrückgewinnung in Baden-Württemberg. Intensive Beratungsangebote (unter anderem Phosphor-Kongress) für die Abwasserzweckverbände und Förderung innovativer Anlagen mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und dem KIF. Aufbau eines ersten Kerns an Phosphor-Rückgewinnungsanlagen wurde erfolgreich abgeschlossen.

<sup>1</sup> Die ausgewählten Maßnahmen werden unter 1 b) beschrieben.

Zuständiges Ressort	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Ausgewählte Maßnahmen <sup>1</sup>	Umsetzungsstand
UM	Förderung von klimaschonendem R-Beton	Beaufschlagung von rezyklierten Gesteinskörnungen, um das CO <sub>2</sub> durch Karbonatisierung bei ressourcenschonendem Beton (R-Beton) zu speichern.	Nein	Forschungsprojekt zur Karbonatisierung von R-Beton wurde gestartet. Förderprogramm für R-Beton startete am 31. Mai 2023 und läuft bis Ende 2024, dafür stehen insgesamt 2 Millionen Euro zur Verfügung. Gegebenenfalls erfolgt eine Verlängerung der Förderung. Information der Öffentlichkeit über Fachveranstaltungen und Tagungen.
UM	Reduzierung direkter Treibhausgasemissionen von Kläranlagen	Weitere Forschung zum Bereich direkte Treibhausgasemissionen im Bereich der Kläranlagen, insbesondere Lachgas und Methan, die im Klärprozess emittiert werden, Ableitung von Handlungsoptionen.	Nein	Es laufen mehrere Förderprojekte mit unterschiedlicher Laufzeit an mehreren Universitäten. Ergebnisse werden in den Jahren 2025/2026 erwartet.
UM	Weitere Zentralisierung und Erhöhung Anschlussquote	Zentralisierung, Anschluss kleinerer Anlagen, größere Anlagen in der Regel deutlich energieeffizienter, durch Erhöhung Anschlussquote Reduzierung Fahrtwege zum Beispiel Klärschlammabtransport.	Nein	Vorhaben der Strukturverbesserung im Abwasserbereich werden in der Regel gefördert über die Förderrichtlinie Wasserwirtschaft (FrWw), jedes Jahr nimmt dadurch die Anzahl der Kläranlagen ab. So ist die Anzahl der Kläranlagen seit 1990 von 1.260 auf 867 Kläranlagen im Jahr 2022 gesunken.  (siehe <a href="https://um.baden-wuerttemberg.de/de/presse-service/publikation/did/kommunales-abwasser-lagebericht-2023">https://um.baden-wuerttemberg.de/de/presse-service/publikation/did/kommunales-abwasser-lagebericht-2023</a> ).
UM	Kreislaufwirtschaft bei Textilien stärken	Abfallvermeidung bei Textilien sowie stoffliches Recycling (Faser zu Faser) und Einsatz von Rezyklatfasern stärken.	Nein	Die rechtlichen Rahmenbedingungen des Bundes und der Europäischen Union (EU) sollen begleitet werden.

<sup>1</sup> Die ausgewählten Maßnahmen werden unter 1 b) beschrieben.

Zuständiges Ressort	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Ausgewählte Maßnahmen <sup>1</sup>	Umsetzungsstand
UM	Mikrokunststoffe im Sport reduzieren und Kreislaufwirtschaft in Sportanlagen voranbringen (Maßnahmenbündel)	Der Austrag von Mikrokunststoffen im Sport soll reduziert werden. Zudem sollen Impulse gegeben werden, die Kreislaufwirtschaft in Sportanlagen zu stärken. Materialien sollen nach der Nutzungsphase nicht mehr energetisch verwertet, sondern verstärkt einem Recyclingverfahren zugeführt werden. Dadurch können große Mengen zum Beispiel an Kunststoffen dem Stoffkreislauf erhalten bleiben und Impulse für den Klimaschutz gegeben werden.	Nein	<p>Laufende Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierung und Informationen zum Thema Mikrokunststoffe und Recycling in/bei Sportanlagen.</p> <p>Fachveranstaltungen und Workshops für Vereine und Kommunen werden durchgeführt. Zudem werden Forschungs- und Pilotprojekte unterstützt und Handlungsempfehlungen erarbeitet.</p> <p>Eine Förderung von Kunststoffgranulat in Kunststoffrasenplätzen sowie synthetische Zuschlagsmaterialien in Reitplätzen ist nicht mehr möglich. Die Förderbedingungen wurden entsprechend weiterentwickelt.</p>
UM	Wertstofftonne für stoffgleiche Nichtverpackungen	Große Mengen an Kunststoffen und anderen Wertstoffen werden über den Restmüll entsorgt und dann energetisch verwertet. Hierdurch entstehen erhebliche ungenutzte CO <sub>2</sub> -Vermeidungspotentiale und wertvolle Ressourcen werden der Kreislaufwirtschaft entzogen. Ziel muss die Reduzierung der Wertstoffe im Restmüll und die Steigerung der Sekundärrohstoffgewinnung sein.	Nein	Einsatz für die Einführung einer bundesweit einheitlichen Wertstofftonne für stoffgleiche Nichtverpackungen, Begleitung der rechtlichen Rahmenbedingungen auf EU- und Bundesebene.

<sup>1</sup> Die ausgewählten Maßnahmen werden unter 1 b) beschrieben.

Zuständiges Ressort	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Ausgewählte Maßnahmen <sup>1</sup>	Umsetzungsstand
UM	Rezyklat-Einsatzquoten	Einsatz für Rezyklateinsatzquoten für die unterschiedlichsten Materialströme, wo sinnvoll und notwendig. Stärkung des Rezyklatmarktes/Sekundärrohstoffmarktes und hiermit verbunden Reduzierung der CO <sub>2</sub> -Emissionen.	Nein	Begleitung der rechtlichen Rahmenbedingungen auf EU- und Bundesebene.
UM	Chemisches Recycling voranbringen	Das chemische Recycling kann sich zu einem wichtigen Baustein für eine funktionierende nachhaltige Kreislaufwirtschaft entwickeln, indem es der „klassischen“ werkstofflichen Verwertung ergänzend (das heißt nicht ersetzend!) an die Seite gestellt wird. Es eröffnen sich damit auch neue Recyclingmöglichkeiten für Materialien, die bisher energetisch verwertet werden, wie beispielsweise stark verschmutzte Kunststoffe und Verbundmaterialien. Das chemische Recycling ist daher geeignet, Abfallströme aus der energetischen Verwertung heraus und in eine höherwertige Verwertung zu bringen und damit eine Kreislaufführung der Stoffe zu ermöglichen.	Nein	Begleitung der rechtlichen Rahmenbedingungen auf EU- und Bundesebene, Fachaustausch und Veranstaltungen zu den Chancen und Herausforderungen des chemischen Recyclings.
UM	Umsetzung der Gewerbeabfallverordnung stärken (GewAbfV)	Optimierung der Einhaltung und Umsetzung der Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV), insbesondere der Getrennterfassung und stofflichen Verwertung von Gewerbeabfällen.	Nein	Begleitung der rechtlichen Rahmenbedingungen auf Bundesebene, Unterstützung des Vollzugs.

<sup>1</sup> Die ausgewählten Maßnahmen werden unter 1 b) beschrieben.

Zuständiges Ressort	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Ausgewählte Maßnahmen <sup>1</sup>	Umsetzungsstand
UM	Einsatz von Mehrweg im Land voranbringen	Stärkung von Mehrweglösungen, Abfallvermeidung und Kreislaufführung. Unterstützung der Verpflichteten bei der Umsetzung der Mehrwegangebotspflicht, zum Beispiel durch Informationsmaterialien.	Nein	Begleitung der rechtlichen Rahmenbedingungen auf Bundesebene. Unterstützung des Vollzugs. Erstellung eines Flyers beziehungsweise Vorlagen für Poster, die auf die Mehrwegangebotspflicht hinweisen.

<sup>1</sup> Die ausgewählten Maßnahmen werden unter 1 b) beschrieben.

## b) Ausgewählte Maßnahmen

### Halbierung der Menge an Bioabfall im Hausmüll

Das Rohstoffpotenzial von häuslichen Bioabfällen und Grünabfällen soll noch stärker als bisher genutzt und ausgebaut werden. In den nächsten Jahren sollen deshalb durch verbesserte getrennte Sammlung der Anteil biogener Abfälle im Hausmüll deutlich reduziert und die Erfassungsmenge dieser Abfälle bei gleichzeitiger Verbesserung der Abfallqualität (Störstoffanteil) erheblich gesteigert werden. Die Menge an Bioabfall im Hausmüll soll von derzeit 50 Kilogramm auf 25 Kilogramm pro Einwohnerin beziehungsweise Einwohner und Jahr bis 2030 halbiert und als direkte Konsequenz die Erfassungsmenge an häuslichen Bioabfällen von 58 Kilogramm pro Einwohnerin beziehungsweise Einwohner in 2021 bis 2030 auf 80 Kilogramm pro Einwohnerin beziehungsweise Einwohner erhöht werden. Die energetische Verwertung der häuslichen Bioabfälle und der hierfür geeigneten Grünabfälle in Anlagen zur

Erzeugung von Biogas mit anschließender stofflicher Verwertung der verbleibenden Gärreste soll ebenfalls deutlich gesteigert werden. Hierfür ist der Zubau weiterer Bioabfall-Vergärungsanlagen erforderlich. Zwar obliegt die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern (öRE), das UM unterstützt die öRE jedoch mit Einzelprojekten, Fachgutachten, Informationsveranstaltungen und der Förderung innovativer Anlagen. Als wichtiges Handlungsfeld haben sich insbesondere Großwohnanlagen in Verdichtungsräumen erwiesen, für die Maßnahmenpläne und Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit entwickelt wurden.

### Halbierung der Menge an Wertstoffen im Hausmüll

Wertstoffe, wie vor allem Kunststoffe, sollen vermehrt getrennt gesammelt und einer hochwertigen Verwertung zugeführt werden, um Ressourcen und Emissionen einzusparen. Hierzu soll auch der Anteil der nichtbiogenen Wertstoffe in der Restmülltonne in Baden-Württemberg deutlich verringert werden. Das Ziel ist eine Verminderung der Menge an Wertstoffen im Hausmüll von derzeit rund 35 Kilogramm pro Einwohnerin beziehungsweise Einwohner und Jahr auf höchstens 10 Kilogramm pro Einwohnerin beziehungsweise Einwohner und Jahr bis 2030. Das UM hat mit Projekten zur Abfallvermeidung und seinem Beitrag zum Abfallvermeidungsprogramm des Bundes Möglichkeiten aufgezeigt, wie Wertstoffabfälle vermieden werden können. Die Umsetzung der Maßnahmen und Entwicklung angepasster Handlungskataloge ist Aufgabe der öRE und wird durch das UM im Rahmen der Abfallbilanz überprüft.

## 2. Ausblick auf das folgende Jahr

Für den Sektor Abfallwirtschaft gilt weiterhin das Ziel einer ausgehend von den bestehenden hohen Recycling- und Verwertungsquoten nachhaltigen Kreislaufwirtschaft, welches von einem Höchstmaß an Vermeidung und Verwertung von Abfällen geprägt ist. Der neue Abfallwirtschaftsplan (AWP), mit dessen Veröffentlichung Mitte des Jahres zu rechnen ist, greift deshalb die Maßnahmen der Sektorziele Abfallwirtschaft, insbesondere „Halbierung der Menge an Bioabfall im Hausmüll“, „Halbierung der Menge an Wertstoffen im Hausmüll“, „Steigerung der Kompostnutzung im Ökolandbau“ und „Aufbau ausreichender Infrastruktur von Anlagen zur energetischen Verwertung von Bioabfällen

und Klärschlamm“ auf. Er enthält hierzu erstmals eine Verpflichtung für die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger (örE) zur Durchführung regelmäßiger Abfallanalysen bei der Restmülltonne und Ziele für die künftigen Maximalmengen an Bioabfällen und Wertstoffen in der Restmülltonne.

Die Auswertung und die Einhaltung der Maßnahmen werden durch eine Zielvereinbarung mit den beteiligten Akteuren im Zusammenhang mit einer Überprüfung der Abfallwirtschaftskonzepte der örE im Land sichergestellt. Das Ziel der Halbierung der Menge an Wertstoffen beziehungsweise Bioabfall im Hausmüll soll zunächst durch

eine Erhebung des Status Quo der Zusammensetzung des Restabfalls durch Abfallanalysen der Stadt- und Landkreise festgestellt und in dreijährlichem Turnus überprüft werden.

Darüber hinaus kommt der Kreislaufwirtschaft eine zunehmende Bedeutung bei der Einsparung von CO<sub>2</sub>-Emissionen zu. Insbesondere die Gewinnung von Sekundärrohstoffen aus der hochwertigen Verwertung von Abfallströmen gewinnt immer weiter an Gewicht und dient zugleich der Ressourcenschonung und dem Klimaschutz, auch über den Sektor der Abfallwirtschaft hinaus.

# Impressum

## Herausgeber

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft  
Baden-Württemberg  
Kernerplatz 9  
70182 Stuttgart  
Telefon: + 49 711 126 0  
E-Mail: [poststelle@um.bwl.de](mailto:poststelle@um.bwl.de)

## Redaktion

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft  
Baden-Württemberg

## Gestaltung

ÖkoMedia GmbH, [oekomedia.com](http://oekomedia.com)

## Veröffentlichung

10/2024

© Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft  
Baden-Württemberg

## Bildnachweis

Titelseite: © Francesco Scatena/stock.adobe.com



**Baden-Württemberg**  
**Ministerium für Umwelt, Klima**  
**und Energiewirtschaft**